



## WEED Infokit

### Entwicklungsländer in Westafrika im Spannungsfeld zwischen multilateraler und bilateraler Handelspolitik

#### fact sheet 4

#### AGOA und MCA: Politisch-ökonomische US-Initiativen

**weed**

##### **US-Handel mit Afrika**

Der Handel zwischen den USA und den Staaten südlich der Sahara ist mit einem Anteil von knapp 2% am gesamten US-Außenhandel verschwindend gering. Im Jahr 2004 belief sich der Wert der US-Importe aus diesen Ländern auf 35,9 Milliarden US\$, davon entfielen allerdings allein 87% auf Erdölimporte<sup>1</sup> (vgl. fact sheet 9 „Erdöl im Golf von Guinea“). Vor dem Hintergrund der zukünftig steigenden strategischen Bedeutung Afrikas als Lieferant dringend benötigter Rohstoffe und einer wachsenden Bedeutung als Erdölexportierender Kontinent, versucht die US-Regierung nun, ihren Zugang zu den Märkten des Kontinents auszubauen und die afrikanischen Staaten enger an sich zu binden. Die US-Regierung räumt Ghana, wie vielen anderen afrikanischen Staaten auch, im Rahmen des African Growth and Opportunity Acts (AGOA) aus dem Jahr 2000, bis Ende 2008 zollfreien Marktzugang für fast 2.000 weitere Zolllinien ein<sup>2</sup>. Darunter befinden sich Textilien und Bekleidung, Geflügelfleisch, Aluminiumprodukte, Getränke, chemische Produkte, Milch und Getreideprodukte sowie Farben. AGOA ist ein einseitiges Angebot an afrikanische Staaten, ihre

Waren zollfrei in die USA auszuführen, und steht in direkter Konkurrenz zu entsprechenden europäischen Präferenzregeln im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems.

##### **Beispiel Ghana**

Im Jahr 2004 belief sich der Wert der ghanaischen Exporte unter dem AGOA-Präferenzabkommen auf 145,5 Millionen US\$, ein Anstieg von 77% gegenüber dem Vorjahr<sup>3</sup>. Ghana ist damit der siebtgrößte Handelspartner der USA in Afrika, das Land exportiert vor allem Rohstoffe wie Holz, Aluminium, Öl und Kakao. Soviele scheinbare Großzügigkeit hat ihren Preis. AGOA macht den afrikanischen Staaten umfangreiche makroökonomische Auflagen, zudem stehen die in Aussicht gestellten Präferenzen unter dem Vorbehalt strenger Ursprungsregeln. Ähnlich wie bei der EU besteht das Grundinteresse der USA darin, durch die bilaterale Handelsabkommen die Privatisierung staatlicher Betriebe in afrikanischen Ländern voranzutreiben, die danach von US-amerikanischen Investoren zu Vorzugskonditionen aufgekauft werden können. Telekommunikationsdienste, Energieversorger und andere vormals staatliche Dienstleistungen werden nach der Privatisierung vielfach zu einem weit höheren Preis angeboten als zuvor. Es erstaunt daher nicht, dass AGOA von den größten US-amerikanischen

Ölfirmen, der Bank of America, dem Bekleidungsunternehmen GAP, der Citicorp-Gruppe sowie K-Mart und Coca Cola unterstützt wird, wirkt es doch im Interesse der US-Konzerne. In Ghana flossen US-amerikanische Investitionen in die Erweiterung einer Thunfischkonservenfabrik, die Modernisierung einer Textilfertigung sowie zwei Niederlassungen einer Franchise-Warenhauskette, die in Zukunft auch Getränke und Haushaltswaren für den Export produzieren wird.

##### **Konditionalitäten**

Vor allem Bekleidungshersteller profitieren derzeit von den gestiegenen Exportchancen in die USA, sie werden zudem von der Regierung subventioniert. Ob nach dem Auslaufen des Multifaserabkommen Anfang 2005 Ghana gegen chinesische und andere asiatische Billiganbieter konkurrieren können wird, ist allerdings zweifelhaft. Auch AGOA muss vor dem Hintergrund der Suche nach Unterstützung US-amerikanischer Forderungen in den laufenden multilateralen Verhandlungen gesehen werden. AGOA fordert die afrikanischen Partnerländer explizit dazu auf, ihr Handelsrecht an geltende WTO-Bestimmungen anzupassen. Die USA-Forderungen in anderen Bereichen wie Investitionen, Dienstleistungen und Arbeitsnormen, reichen weit über bestehende WTO-Verpflichtungen hinaus. So verlangen die USA von teilnahmeberechtigten Staaten, WTO-Bestimmungen und Strukturanpassungsvorgaben umzusetzen, die nationale

<sup>1</sup> U.S. Department of Commerce, U.S. - Africa Trade Profile 2001-2004, März 2005.

<sup>2</sup> Eine Liste mit den Produkten, die Ghana unter dem AGOA-Abkommen zu Vorzugsbedingungen in die USA ausführen kann, findet sich unter [www.agoa.info/index.php?view=download&story=legal](http://www.agoa.info/index.php?view=download&story=legal)

<sup>3</sup> U.S. Department of Commerce, U.S. Trade with Sub-Sahara Africa, März 2005.

Gesetzgebung mit multilateralen Standards zu harmonisieren, Barrieren für US-amerikanische Investoren abzubauen und einen strikten Enteignungsschutz umzusetzen. Zusätzlich dürfen diese Länder keine Maßnahmen unternehmen, die den außen- und sicherheitspolitischen Interessen der USA schaden. Damit zwingt AGOA afrikanische Staaten, makroökonomische Reformen umzusetzen, die dem Entwicklungsstand afrikanischer Staaten nicht angemessen sind, und zur Aufgabe außenpolitischer Spielräume führen<sup>4</sup>.

### **Millennium Challenge Account (MCA)**

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Millenniumsziele hatten die USA ein eigenes Programm, den Millennium Challenge Account (MCA), aufgelegt<sup>5</sup>. US-Präsident George Bush hatte am 14. März 2002 vor der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD) in Monterrey angekündigt, die US-Entwicklungshilfe von seinerzeit rund 10 Milliarden US\$ schrittweise deutlich zu steigern und ab 2006 jährlich zusätzlich 5 Milliarden US\$ als Sonderfonds zur Verfügung zu stellen. Der MCA sieht die Bereitstellung von weiteren ODA-Mitteln für Länder vor, die auf nationaler Ebene Reformen zur Korruptionsbekämpfung, für angemessene Investitionen in Bildung und Gesundheit und zur Förderung der wirtschaftlichen Freiheit durchgeführt haben. Über die Einhaltung der 16 Vergabekriterien wacht die Millennium Challenge Corporation (MCC).

US-amerikanische Entwicklungsorganisationen haben scharf die Auswahl der Vergabekriterien kritisiert, die Millionen von Armen

in den Ländern, die nicht antragsberechtigt sind, weiter benachteilige. Da ab 2006 nicht nur die armen und ärmsten Länder (LICs und LDCs) sondern auch Länder mit mittlerem Einkommen (MICs) vom MCA profitieren sollen, wird zudem die fehlende Armutsausrichtung des Programms kritisiert. Insbesondere die Mischung von Laissez-Fairé-Kapitalismus und unilateralen Sicherheitsüberlegungen der USA konterkariert die vermeintliche entwicklungspolitische Zielsetzung des MCA. Die Auswahlkriterien legen nahe, dass ein gezielter Ausschluss vieler Entwicklungsländer geplant ist.

### **MCA und West Afrika**

In Westafrika erfüllen derzeit 7 Länder (Benin, Burkina Faso, die Kapverden, Gambia, Ghana, Mali und Senegal) die strengen politischen und makroökonomischen Vorgaben des MCA. Drei Jahre nach Einführung des MCA sind aufgrund umfassender administrativer Vorgaben fünfjährige MCA-Programme bislang aber nur mit 5 Länder (Kapverden, Georgien, Honduras, Madagaskar und Nicaragua) mit einem Gesamtvolumen von rund einer Milliarde US\$ unterzeichnet worden<sup>6</sup>. In den Kapverden sollen z.B. Infrastruktur, Wasserversorgung, Landwirtschaft und der Privatsektor unterstützt werden.

### **Taschenspielertricks in Gleneagles**

"Hilfe für Afrika verdoppelt": So oder so ähnlich lauteten die Medien-Reaktionen auf den G8-Gipfel 2005 in Gleneagles, Schottland. Ein großer Erfolg für die internationale Entwicklungsfinanzierung, so scheint es zumindest. Allein im MCA sind nach informellen Informationen 2,5

Milliarden US\$ jährlich für Sub-Sahara-Afrika vorgesehen. Die USA haben schon lange vor dem Gipfel 15 Milliarden US\$ zur Aidsbekämpfung, 2 Milliarden für humanitäre Notfälle in Afrika und 1,2 Milliarden US\$ für ein Malaria-Programm zugesagt, ohne dass diese Mittel regional spezifiziert wären. Unter der Annahme, dass 75% dafür an Afrika gehen, wären dies bis 2010 weitere 14,15 Milliarden US\$.

Insgesamt sieht die jährliche Rechnung für Afrika bis 2010 also folgendermaßen aus: 2,5 Milliarden US\$ aus dem MCA plus 2,83 Milliarden US\$ aus US Aids, Malaria und Nothilfe-Programmen. Dazu kommt die Hälfte des Zuwachses der europäischen Entwicklungsmittel, laut des EU-Stufenplans vom März 2005 umgerechnet 19,8 Milliarden US\$, die für Afrika eingesetzt werden sollen. Der EU-Stufenplan sieht eine Steigerung der EU-Hilfe von 34,5 Milliarden Euro auf 66.981 Milliarden Euro bis 2010 vor. Rechnet man dies zusammen, ergeben sich insgesamt 25,53 Milliarden US\$ „alter Mittel“. Allein mit diesen Programmen der EU und der USA ist die versprochene Aufstockung der Afrikahilfe um 25 Milliarden US\$ bereits erreicht. Die Behauptung, die Staats- und Regierungschef hätten auf dem G8-Gipfel die Afrikahilfe verdoppelt, ist also schlicht falsch, da es sich im Wesentlichen um die Wiederholung bereits gemachter Zusagen handelt. Dies ist typisch für einen Politikstil, der immer mehr von entwicklungspolitischer PR-Schaumschlagerei geprägt ist, statt wirksame Armutsbekämpfungsmaßnahmen umzusetzen.

**November 2005**

<sup>4</sup> „Four types of „Partnerships“ and Regionalism“. SEATINI, Januar 2005. [www.seatini.org/publications/epas/type%20ofPartnerships.htm](http://www.seatini.org/publications/epas/type%20ofPartnerships.htm)

<sup>5</sup> vgl. [www.mca.gov/](http://www.mca.gov/)

<sup>6</sup> Informationen der MCA-Monitoring-Initiative des Center for Global Development unter [www.cgdev.org/](http://www.cgdev.org/)